

***Global denken, lokal handeln: Kriminalpräventive
Bürgerbeteiligung unter dem Gesichtspunkt der
Partizipation, Transparenz und Effizienz***

von

Frank Goldberg

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Engagierte Bürger - sichere Gesellschaft
Ausgewählte Beiträge des 13. Deutschen Präventionstages
Forum Verlag; Auflage: 1 (4. Dezember 2009), Seite 289-298

ISBN 3936999619 (Printausgabe)
ISBN 978-3936999617 (E-Book)

Frank Goldberg

Global denken - lokal handeln Kriminalpräventive Bürgerbeteiligung unter dem Gesichtspunkt der Partizipation, Transparenz und Effizienz.

Ausgangslage

Ein zentrales Anliegen der kommunalen Kriminalprävention ist, die Bürger/innen in die Verbrechensbekämpfung einzubeziehen. Warum wird immer wieder diese Forderung erhoben oder ist Gegenstand politischer Anträge in den Parlamenten?

Durch Bürgerbeteiligung kann es gelingen, den Sachverstand der Bürger vor Ort zu nutzen und ihn persönlich zur Verbrechensbekämpfung zu aktivieren. Der Bürger beobachtet seine Umgebung, er kennt die Nachbarschaft und setzt sich für sein kleines Stück Heimat ein. Ihn für die Kriminalprävention zu gewinnen bedeutet, engagierte Mitstreiter vor Ort zu haben. Dies ist in der Regel schon eine qualitative wie quantitative Bereicherung.

Fakt ist, dass weniger als 6 % der Teilnehmer kommunaler kriminalpräventiver Gremien einfache Bürgerinnen und Bürger sind. Der Rest sind Vertreter der Verwaltung, Polizei oder anderer Professionen. In Anbetracht dieser Tatsache stellt sich die Frage, warum ist das so?

Ist es von den Verantwortlichen so gewollt oder ist es nicht gelungen ein erfolgreiches Konzept der Partizipation zu entwickeln und umzusetzen?

Einfach ist die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in kriminalpräventive Organisationen, wie folgende Beispiele schon aufzeigen, nicht:

Jugendliche lassen sich nur schwerlich auf feste Terminregeln ein. Man ist da oder auch nicht - je nach Tagesaktualität. Zwar ist es wichtig, mit Jugendlichen zu reden statt über sie, aber eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Ziel von festen Verbindlichkeiten ist äußerst schwierig.

Auch bei Migrantinnen ist es nicht einfach, mit dem Thema Akzeptanz zu finden, insbesondere dann, wenn es um Probleme geht, die sie selbst berühren und zu deren Lösung ihre aktive Mitarbeit gefordert ist. Gerade in Fällen des selbstbestimmten Lebenswunsches junger Migrantinnen ist die Hilfe und Solidarität der Familien gefragt. Will man Fälle von Suiziden, wie sie in Frankfurt aufgrund kultureller Konflikte bei jungen Mädchen vorgekommen sind bzw. angedroht wurden, vorbeugen, müssen die Familien sich dem Thema öffnen und auch dies ist äußerst schwierig.

Frankfurter Präventionsstruktur

Modell der institutionellen Repräsentanz

In Frankfurt am Main hat sich am 22. Juli 1996 ein Präventionsrat unter Vorsitz der Oberbürgermeisterin, Polizeipräsident, Leiter der Staatsanwaltschaft und den wichtigsten Dezernenten der Stadt Frankfurt a. M. gegründet. Es gab keinen aktuellen Anlass, der zur Gründung führte, sondern die gewachsene Erkenntnis, dass nur mit mehr Polizei und Repression die Sicherheitsprobleme nicht zu lösen sind. Vielmehr bedürfe es einer vernetzten Zusammenarbeit und den Fokus auf die Vorbeugung, um als Frühwarnsystem rechtzeitig die notwendigen Strategien zu ergreifen. Damit die Handlungsaufträge auch zielgerecht und zeitnah umgesetzt werden können, wurden bestehende Facharbeitskreise in das Präventionsnetzwerk eingegliedert (AG Drogen) oder neu strukturiert (AK Sicherheit, AK Frauen, Jour Fix Schwule + Lesben, AK Graffiti, AK Planung und Sicherheit u. a.).

Zudem wurde eine hauptamtliche Geschäftsstelle eingerichtet, die die Koordination und Geschäftsführung der Gremien zur Aufgabe hat, aber auch für das Controlling zuständig ist. Gleichwohl hat sich nach kurzer Zeit gezeigt, dass die Reaktion auf aktuelle lokale Problemlagen und Sicherheitsbeschwerden zu lange dauerte und die Politik die Einbindung und Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung verlangte. So wurde nach intensiven Beratungen der Geschäftsstelle mit Polizei und Experten aus der Sozialverwaltung der Regionalrat Sossenheim (Stadtteilpräventionsrat) auf der Basis des Modells einer institutionellen Repräsentanz im Mai 1997 gegründet. In diesem auf einem freiwilligen Zusammenschluss beruhenden Gremium arbeiten das zuständige Polizeirevier, Vertreter der Stadtverwaltung, der örtlichen Schulen, Kirchengemeinden, Vereinsring, Kindertagesstätten, Gewerbevereine, Parteien und andere auf gleicher Augenhöhe zusammen. Es gilt das Prinzip der Vertraulichkeit des Wortes, ein auf Kriminalprävention beschränktes Mandat und die Zielbestimmung, Probleme im Konsens und aktiver Mit- und Zusammenarbeit zu lösen. Die Geschäftsführung übernimmt die Geschäftsstelle des Frankfurter Präventionsrates. Diese unterstützt den/die Vorsitzende/n in der Moderation und hilft bei der Planung und Durchführung örtlicher Projekte.

Mittlerweile gibt es insgesamt 15 Stadtteilpräventionsräte (Regionalräte) in Frankfurt a. M., die lokale Konflikte sofort aufgreifen, Lösungen erarbeiten und mit der Polizei Sicherheitsdefizite abarbeiten. Die Einbindung des Sachverständigen der Bürger geschieht über die beteiligten Institutionen (z.B. Eltern über die Schule, Geschäftsleute über den Gewerbeverein, Jugendliche über den Vertreter des Jugendzentrums) und so ist es in Frankfurt erfolgreich gelungen, bei überschaubarer Teilnehmerzahl bürgernah-kriminalpräventive Partizipation zu ermöglichen, die effektiv arbeitet und ein zentraler Pfeiler der Frankfurter Sicherheitsarchitektur darstellt.

I. Eine Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung ist zum einen möglich durch die unmittelbare Mitgliedschaft des Bürgers in einem kriminalpräventiven Gremium.

Die unmittelbare Mitgliedschaft des Bürgers in einem kriminalpräventiven Gremium hat den Vorteil, dass er seine persönlichen Erfahrungen und Kenntnisse aus seiner Lebenswelt, seinem Milieu und seiner Lebenserfahrung einbringen kann. Man kennt seine „Pappenheimer“, man ist vertraut mit der Umgebung und man ist sensibel für Veränderungen z. B. bei Entstehen von Angsträumen.

Der Nachteil der unmittelbaren Bürgerbeteiligung ist, dass oft die eigenen Befindlichkeiten im Vordergrund stehen. Es zählt meist nur die persönliche „Windsituation“ (was habe ich davon?). Der Einzelne beteiligt sich nur, wenn es ihn interessiert und eine Beschäftigung mit Sicherheitsproblemen anderer bleibt aus. Auf diese Weise entsteht auch keine Identifikation mit dem Gremium und den Aufgaben der Kriminalprävention. Da der Einzelne zudem auch nur einen örtlich begrenzten Erkenntnisstand hat, wird „viel vom Hörensagen“ mitgeteilt und persönliche Einschätzungen weitergegeben. Dies mindert auf Dauer den Aussagewert und er wird dadurch nicht mehr ernst genommen.

Es stellt sich auch die Frage, wer bestimmt bei einer unmittelbaren Mitgliedschaft eines einzelnen Bürgers den demokratischen Auswahlprozess (wer darf Mitglied sein - wer nicht?).

Um hier keinen Riegel vorzuschieben, besteht die Gefahr, jeden zuzulassen, der will und damit ist der Weg geebnet, dass die Arbeit des kriminalpräventiven Gremiums nicht effektiv, zielgerichtet und ergebnisorientiert ist. Viel geschwätzt, wenig herausgekommen, aber man hat wieder mal getagt.

II. Einbindung der Bürger als Interessenvertreter

Die Mitgliedschaft in einem kriminalpräventiven Gremium kann als Interessenvertreter wie z.B. als Vertreter/in vom Vereinsring, Elternbeirat, Kindergarten, Gewerbevereine, Kirchengemeinden, Schulen, Sportvereine u. a. geregelt werden.

Für die Arbeit in einem kriminalpräventiven Gremium hat das den Vorteil, dass durch dieses Repräsentationsprinzip ein großes Spektrum an Interessens- und Meinungsvertretung bei geringer Mitgliederzahl garantiert ist. (Eine/r spricht für alle). Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass bei Planung und Umsetzung von Projekten die Verantwortlichen schon am Tisch sitzen und „in der Runde der Entscheider“ Planungsprozesse erheblich verkürzt werden können.

Auf der anderen Seite können Verbands- und Vereinsinteressen zu einem einseitigen Schwerpunkt der Arbeit führen und das lokale Gemeinwohlinteresse überlagern. („Mich interessiert hier nur das Wohl meines Vereins!“) So groß die Gefahr von

Funktionärsinteressen auch ist, wenn man verlangt, dass Mitglieder im Stadtteil wohnen müssen, können diese Befürchtungen minimiert werden. Gleichwohl ist zu konstatieren, der einfache Bürger kann sich nach diesem Modell unmittelbar nicht einbringen.

Bürgeranhörungen

Wenn die Bürger schon nicht unmittelbar mitarbeiten können, so ist zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, Bürger mit Erkenntnissen aber auch Sorgen und Nöten um die persönliche Sicherheit dennoch in die kriminalpräventive Arbeit einzubinden. Eine Alternative ist die Durchführung von Bürgerfragestunden oder Bürgeranhörungen. Hier können Bürger gezielt Informationen in einem überschaubaren Zeitfenster geben und auch gezielte Beschwerden zur direkten Abhilfe weitergeben. Im Rahmen dieses Stücks Partizipation ist keiner ausgeschlossen. Ein Nebeneffekt dieser Art von Bürgerbeteiligung ist, dass hauptamtliche Mitarbeiter von Polizei und Stadtverwaltung hautnah mitbekommen, wie Sicherheitsprobleme Bürger belasten können und damit Konflikte dann anders einschätzen. Bürger haben in einer Bürgeranhörung zudem die Möglichkeit, „Dampf abzulassen“ bei denen, die was zu sagen haben und allein durch das Zuhören bei den persönlichen Problemstellungen entsteht beim Bürger ein Stück Akzeptanz seines Anliegens (Hier bin ich mit meinem Problem gut aufgehoben).

Eine Auswertung der sporadischen Bürgerfragestunden in den Frankfurter Regionalräten hat ergeben, dass nur teilweise neue Aspekte oder Informationen durch Bürgerfragestunden bekannt wurden. Es kann vorkommen, dass örtlich immer die gleichen Bürger erscheinen und Nachbarschaftsstreitigkeiten die Ursache sind. Es besteht aber auch die Gefahr, dass Bürgeranhörungen als Plattform für rassistische und demokratiefeindliche Äußerungen missbraucht werden.

III. Mittelbare Bürgerbeteiligung durch Einbindung in Arbeitskreise

Eine Bürgerbeteiligung kann auch durch Gründung eines Arbeitskreises erfolgen und sich an konkreten Aufgaben und Zielen orientieren. Voraussetzung ist, dass eine gemeinsame Interessenslage besteht (z.B. Sicherheitsprobleme im Quartier, Lebenssituation älterer Menschen), die Mitglieder konstruktive Beiträge zum Thema des Arbeitskreises leisten können und der/die Moderator/in ausreichend Erfahrung in der Leitung eines Arbeitskreises hat. Letztlich bestimmt der Leiter eines AK das Tempo und die Zielerreichung maßgeblich mit. Der Vorteil von freiwilligen Arbeitskreisen ist, dass in der Regel ein hohes Engagement der Beteiligten vorhanden ist.

Wenn Bürger/innen in einem Arbeitskreis zusammenarbeiten ist es oft zur Zielerreichung wichtig, darauf hinzuwirken, dass die notwendige professionelle Begleitung (Stadtverwaltung, Polizei und Wohnungsbaugesellschaften) ebenfalls mit am Tisch

sitzt oder auf andere Weise einbezogen wird. Durch Partizipation in der Organisationsform eines Arbeitskreises kann es gelingen, dass Bürger selbst die Problemlösung in die Hand nehmen und überschaubare Problemfelder eigenständig bearbeiten.

Beispiel Galluspark

Die Siedlung Galluspark wurde in den 90er-Jahren errichtet und besteht aus mehreren Gebäuderiegeln. Es wohnen dort 1600 Personen aus 50 Nationen, davon 700 Kinder in den Sozialwohnungen des Quartiers. Sehr schnell hat sich herausgestellt, dass die notwendigen Frei- und Sozialflächen bei der Planung vergessen wurden und sich Lärmbeschwerden, Vandalismus und Gewalt breit machen. Um das Problem aufzugreifen, hat der örtliche Präventionsrat einen Arbeitskreis gegründet. Ihm gehören diejenigen an, die für Lösungen einen Beitrag leisten können, d.h. z. B. Polizei, Sozialarbeit, Hausverwaltung, Bewohnervertreter, kath. Kirchengemeinde u. a.

Nach einer ersten Problemanalyse auf der Basis von Bewohnerinterviews wurden Mieterversammlungen und Gesprächstage mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Auf der Erkenntnis dieser Partizipationsprozesse und den dabei gewonnenen Erfahrungen wurde vorübergehend ein Sicherheitsdienst beauftragt, ein Jugendclub mit den Jugendlichen eingerichtet, Gemeinwesenarbeit installiert, präventive Einzelgespräche mit Mietern durchgeführt, ein Quartiersfest organisiert und in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt ein Fußballplatz und ein Sportplatz gebaut. Zudem erfolgten Verschönerungs- und Renovierungsarbeiten im Quartier selbst zur Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität.

Auch wenn der Arbeitskreis nur zu einem geringen Teil aus Bewohnern (funktionslosen Bürgern) bestand, wurden die Bewohner durch Versammlungen und Projektpartizipation in die Entscheidungen einbezogen und die Einbeziehung hat sich insgesamt nicht nur positiv auf die Stimmung im Quartier ausgewirkt, sondern auch auf die effektive Zielerreichung.

Beispiel AK 50 + der Regionalrats Gallus

Der Regionalrat Gallus (kriminalpräventiver Stadtteilrat) hat aus der Erkenntnis heraus, dass mehr für Sicherheit und Lebensqualität älterer Menschen im Stadtteil getan werden muss, einen Arbeitskreis gegründet, der auch das Ziel verfolgt, gezielt Menschen an das Thema heranzuführen und zu aktivieren. Die Mitglieder des Arbeitskreises haben alle mit dem Thema „Alter“ zu tun und können aus den unterschiedlichen Blickwinkeln wichtige Beiträge geben. Über Umfragen zum Thema Sicherheit für ältere Menschen im Stadtteil, Informationsveranstaltungen, Sicherheitsbegehungen und kulturelle Erzählcafés hat der Arbeitskreis darüber hinaus die älteren Menschen in die Arbeit einbezogen und von ihren Schilderungen und Erfahrungen profitiert und gemeinsa-

me Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit im Stadtteil erarbeitet.

Die Gründung von Arbeitskreisen zur Teilhabe älterer Menschen an der lokalen Kriminalprävention ist insgesamt sinnvoll und erfolgversprechend.

IV. Bürgerbeteiligung durch Umfragen

Die Durchführung von Umfragen in der Bevölkerung zur Klärung kriminalpräventiver Problemfelder ist ebenfalls eine Möglichkeit der Bürgereinbindung und eines, wenn auch eingeschränkten, Kommunikationsprozesses. Insbesondere dort, wo Bürgerinnen und Bürger noch nie in Entscheidungsprozesse eingebunden wurden, herrscht oft das Gefühl, „ich werde befragt, damit ernst genommen und meine Meinung ist daher etwas wert“. Bürgerbefragungen sind wichtige Möglichkeiten der Datenerhebung für eine fundierte Problemanalyse. Darüber hinaus werden durch die Befragungen auch Menschen angesprochen, die sich sonst nicht für das Gemeinwesen einbringen. Befragungen können der erste Schritt sein, dass kritische oder frustrierte Bürgerinnen und Bürger dann anfangen, über Probleme zu reflektieren und sich künftig zu engagieren. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass mit großer Euphorie Personen an der Befragung teilnehmen und später feststellen müssen, dass aus den Ergebnissen keinerlei Konsequenzen gezogen wurden und sich für sie persönlich nichts zum Besseren verändert hat.

Beispiel Umfrage Atzelberg

Die Wohnsiedlung Atzelberg in Frankfurt a. M. Seckbach wurde in den 60er Jahren errichtet und besteht aus einer Mischbebauung (Hochhäuser mit Sozialwohnungen, Reihenhäuser, Eigentumswohnungen). Mittelpunkt der Siedlung ist der desolate Atzelbergplatz. Es gibt eine Jugendeinrichtung, einen Kiosk sowie eine Apotheke.

Im Frühjahr 2006 haben Teile des Ortsbeirats 11 (lokale, politische Vertretungskörperschaft) den Präventionsrat der Stadt Frankfurt a. M. gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen eingeleitet werden sollen, um den vielen Beschwerden der Bevölkerung am Atzelberg abzuwehren. Eine Aussage zu den konkreten Problemfeldern konnte aber nicht gemacht werden.

Daraufhin führte der Präventionsrat eine Umfrage der Siedlungsbewohnern durch. Von 1000 verteilten Fragebögen kamen rund 20 % zurück und konnten ausgewertet werden.

Im Rahmen eines ersten Ergebnisses ergab sich, dass 84 % der Befragten mitteilten, dass sich die Wohnqualität in den letzten Jahren deutlich verschlechtert hat. 67 % fühlten sich im Quartier unsicher und 53 % der Befragten waren in den letzten 12 Monaten Opfer einer Straftat. Hauptkritikpunkt der Befragten war einer Gruppe von Jugendlichen, die den Atzelbergplatz in Beschlag nimmt

und sich als Herrscher der Siedlung aufspielt. Weiterhin standen Jugendliche im Fokus, die bis nachts mit frisierten Mopeds die Siedlung terrorisieren. Weiterhin wurden zu wenig Einkaufsmöglichkeiten moniert und die Trostlosigkeit des Atzelbergplatzes, der keine Aufenthaltsqualität bietet, bemängelt. Im Vergleich mit den Ergebnissen zu anderen Stadtteillumfragen wurde festgestellt, dass die Einschätzung zum Thema Sicherheit und Wohnqualität von den Bewohnern am negativsten im Vergleich zu anderen Stadtteilen ausfiel.

Auffallend waren die zahlreichen handschriftlichen Bemerkungen auf den ausgefüllten Fragebögen. Viele Fragebögen enthielten die Schilderung negativer Erlebnisse, Gewalterfahrung, Frustration, aber allseits Lob für die Umfrage und den Dank, dass man sich jetzt um die Probleme anhand dieser Umfrage kümmert.

Nach Analyse der Umfrage, der eingebrachten Ideen wurde ein Handlungskonzept erarbeitet, in einzelne Arbeitsschritte aufgeteilt und an die zuständigen Dezernate und Ämter der Stadt Frankfurt a. M. weitergeleitet.

Dazu gehören z. B.:

1. die Beseitigung von Graffiti (umgehend durchgeführt),
2. Rückschnitt von Bäumen zur Verbesserung der Ausleuchtung von Straßenlaternen (umgehend durchgeführt),
3. Durchführung von Mieterversammlungen zur Verbesserung des Miteinanders und Abstellen von Wohnungsmängeln (umgehend erfolgt),
4. Umgestaltung des Atzelbergplatzes unter Einbeziehung der Wohnbevölkerung (Einrichtung einer Planungswerkstatt ist alsbald erfolgt und erste Konzeptionen wurden entwickelt),
5. die Siedlung wurde in das kommunale Programm „Neue Nachbarschaften“ aufgenommen und erhielt einen Quartiersmanager,
6. die Kinder- und Jugendarbeit wird überprüft und das Angebot den Bedürfnissen der Kinder- und Jugendlichen vor Ort angepasst,
7. bei der Belegung von Sozialwohnungen wird den Wohnungsbaugesellschaften eine größere Auswahl von Bewerbern (bisher 3) unterbreitet,
8. ein Teil derjenigen, die für Kriminalität und Gewalt im Quartier verantwortlich waren, konnte verhaftet werden,
9. Polizeipräsidium Frankfurt a. M. und Stadtpolizei haben ihre Kontrollen verstärkt und führen Sprechstunden in der Siedlung durch,
10. eine große Supermarktkette hat sich am Atzelberg neu angesiedelt.

Der durch die Umfrage eingeleitete Beteiligungsprozess wird durch eine Planungswerkstatt, Stadteilarbeitskreis oder Mieterversammlungen fortgesetzt und das Projekt Atzelberg zeigt, wie durch Bürgerbeteiligung sehr schnell und erfolgreich Maßnahmen zur Sicherheit und Prävention passgenau eingeleitet werden können.

Weitere Beispiele für Umfragen:

- Erforschen lokaler Angsträume und Sicherheitsmängel
- Lebenssituation von z. B. Jugendlichen (Schülerumfragen) oder von Senioren
- Sicherheit im ÖPNV
- Umfragen zur Verbesserung des Zeugenverhaltens

V. Bürgerbeteiligung durch das Internet

Das Internet mit all seinen Informationsmöglichkeiten gewinnt auch zunehmend Beachtung in der kommunalen Kriminalprävention. Auch unter dem Gesichtspunkt der Bürgerbeteiligung sind in der Regel viele Möglichkeiten des Internets noch ungenutzt. Internetkommunikation ist meist anonym und baut für die Beteiligten daher keine hohe Hürden oder Verpflichtungen auf. Diese Stärke kann für bestimmte Zwecke zielgerichtet genutzt werden. Für die Bürgerbeteiligung durch das Internet gilt aber ebenfalls wie für andere Formen: das Medium muss für das kriminalpräventive Ziel passen. Wegen der Anonymität ist das Medium Internet nicht für alle Ziele einsetzbar.

Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung durch das Internet:

- Onlineumfragen
Um festzustellen, ob die Bevölkerung tatsächlich bereit ist, z. B. Fälle von häuslicher Gewalt bei Polizei oder Hilfseinrichtungen zu melden, kann die Helferbereitschaft anhand von kurzen Fragen schnell ermittelt werden. Anhand der Ergebnisse können die Verantwortlichen dann, falls erforderlich, im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit für eine Verbesserung des Zeugenverhaltens werben.
- Internetforum
Das Internetforum ist eine Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger an Meinungsbildungsprozessen zu beteiligen und im Rahmen der Kriminalprävention Menschen, z. B. beim Thema „eigene Gewalterfahrung“ Möglichkeiten bieten, ihre Nöte und Erfahrungen weiterzugeben. Gleichzeitig ist dies für Fachleute die Möglichkeit, das Dunkelfeld zu erhellen.
- Onlineberatung als niedrigschwelliges Angebot
Opfer von Gewalt und Notlagen haben manchmal aufgrund ihrer persönlichen

Situation Angst oder Scham, sich an Polizei, Behörden oder Hilfseinrichtungen zu wenden. In einigen Fällen geht es den Betroffenen meist um eine erste Orientierung, wie es für sie weitergehen kann oder um jemanden, der nur einfach zuhört. Hier kann eine professionelle Onlineberatung erste Hilfe sein und Ratsuchenden eine Möglichkeit der Kommunikation bieten. Gerade bei Gewalt im Namen der Ehre, Hasskriminalität oder bei Opfern aus dem Bereich der Schwulen und Lesben kann ein Angebot einer Onlineberatung hilfreich sein.

VI. Fazit

Eine tragende Säule der kommunalen Kriminalprävention ist das bürgerschaftliche Engagement. Es für Kriminalprävention zu nutzen und zu fördern, ist wesentliche Aufgabe der Verantwortlichen in der Politik, bei der Verwaltung und bei der Polizei. Die beste Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Kriminalprävention ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen. Hierfür sollten die Träger der kriminalpräventiven Gremien die jeweils für sie passenden Konzeptionen erarbeiten und umsetzen.

Inhalt

Vorwort 1

I. Der 13. Deutsche Präventionstag im Überblick

Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner
Leipziger Erklärung 5

Erich Marks / Karla Schmitz
Der 13. Deutsche Präventionstag im Überblick 9

Wiebke Steffen
Gutachten zum 13. Deutschen Präventionstag: Engagierte Bürger– sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention 25

Christian Pfeiffer
Eröffnungsvortrag: Prävention durch bürgerschaftliches Engagement? 73

Rainer Strobl / Olaf Lobermeier
Evaluation des 13. Deutschen Präventionstages 111

II. Forschungsberichte

*Bernhard Frevel / Wolfgang Kahl / Marcus Kober / Verena Schreiber /
Henning van den Brink / Jens Wurtzbacher*
Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus
der aktuellen Forschung (Teil 1) zu Konzeption und Wirklichkeit 143

Wolfgang Kahl / Marcus Kober
Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus
der aktuellen Forschung (Teil 2) zu den Entwicklungsmöglichkeiten 161

Hermann Groß / Arthur Kreuzer
Ehrenamtliche Polizei als Scharnier zwischen Bürger und Polizei? 171

Dieter Hermann
Sozialkapital und Sicherheit 181

Sandra Legge / Julia Marth
Sozialraum und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit:
Neue Ansätze zur Stärkung der Zivilgesellschaft 201

Erich Marks / Valérie Sagant

Das internationale Zentrum für Kriminalprävention und sein erster Bericht
über Kriminalprävention und gesellschaftliche Sicherheit (2008) 217

Hans-Dieter Schwind

Zivilcourage – wann wird geholfen und wann eher nicht? 237

III Praxisbeispiele

*Sabine Bätzing / Thomas Duprée / Ulrich Fricke / Jörg Maywald /
Heinz-Jörg Panzner*

Das Engagement der Lions Clubs für die Jugend – Die drei Lebens-
kompetenzprogramme 243

Monika Dehmel / Gregor Dehmel

Beteiligung schafft Sicherheit 251

Norbert Friedrich / Jörg Seedorf

Mut gegen Gewalt in Bremerhaven 273

Angelos Giannakopoulos / Angela Keller-Herzog / Dirk Tänzler

„ALAC“ (Advocacy and Legal Advice Centres): Ein innovatives
Instrument von „Transparency International“ gegen Korruption durch aktive
Bürgerbeteiligung und die Bedeutung der Kooperation zwischen zivilgesell-
schaftlichen Organisationen und Sozialwissenschaft 277

Frank Goldberg

Global denken, lokal handeln: Kriminalpräventive Bürgerbeteiligung unter
dem Gesichtspunkt der Partizipation, Transparenz und Effizienz 289

Siegfried Haller

Netzwerke und Zivilgesellschaft – Kinder- und Jugendkriminalprävention
– Eine Aufgabe – viele Akteure 299

Kornelia Kamla

Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe 313

Susanne Kirchhoff / Kati Zenk

Mehr Sicherheit durch eine neue Streitkultur? 321

Thomas Krüger

Politische Bildung, Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt 327

<i>Dieter Meißner / Rainer Mollik</i> „Betreuungslotse Dresden“	337
<i>Hanna Müsch</i> Das Leipziger Bürgercafé auf dem 13. Deutschen Präventionstag	359
<i>Günter Rieger / Siegfried Bayer / Hans-Alfred Blumenstein</i> Das Ehrenamt bei gemeinnützigen Organisationen der Opfer- und Straffälligenhilfe	371
IV Autoren	389